



Das Lizenzgebiet der OMV vor Neuseeland überschneidet sich laut Greenpeace mit dem einzigen Nahrungsgrund von Blauwalen. Foto: reuters

Maori klagen OMV-Chef

Öl- und Gasbohrungen vor Neuseelands Küste würden Lebensgrundlage der Maori zerstören. Laut OMV-Sprecher sei aber kein Rückzug des Unternehmens geplant.

Der Klimaaktivist und Maori-Vertreter Mike Smith hat am Donnerstag bei einem Medientermin der NGO Greenpeace angekündigt, dass er gegen OMV-Chef Rainer Seele eine Strafanzeige beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag einreichen will. Aufgrund der Bohrungen des Öl- und Gaskonzerns vor Neuseelands Küste wäre er für die Zerstörung der Lebensgrundlage der Maori mitverantwortlich.

Dass nicht der Konzern selbst angezeigt wird, erklärt sich damit, dass beim IStGH jeweils über Personen geurteilt wird – üblicherweise im Falle von Kriegsverbrechen, jedoch wies Greenpeace-Klima-Experte Adam Pawloff darauf hin, dass im Jahr 2016 eine IStGH-Staatsanwältin angekündigt habe, dass sie in Zukunft Fälle priorisieren will, die sich mit Umweltzerstörung, Raubbau und der unrechtmäßigen Enteignung von Land auseinandersetzen. Laut Smith sollen unter anderem „Genozid und Ökozid“ an-

gezeigt werden. „Die Führungskräfte der OMV haben die UN-Berichte zur Klimakrise gelesen, sie wissen, was hier auf dem Spiel steht, und sie haben die Macht, etwas zu bewegen. Wenn sie das nicht tun, werden sie persönlich verantwortlich gemacht“, argumentierte Smith.

Widerspruch zu Pariser Klimazielen

Die neuseeländische Menschenrechtsanwältin Alison Cole werde diese Anzeige im November einbringen, erläuterte die Anwältin und Wirtschaftsmediatorin Michaela Krömer. Der genaue Inhalt der Strafanzeige sei ihr nicht bekannt, es werde aber mehrere Anzeigen geben. Zum möglichen Ausgang des Unternehmens äußerte sich Krömer nicht, Maori-Vertreter Smith zeigte sich hingegen optimistisch, denn er glaube, dass das Rechtssystem die Moralität der Menschheit widerspiegeln würde. Es könnte jedoch noch lange dauern: Denn wenn beim IStGH als erster Schritt eine Straf-

anzeige gestellt wurde, können theoretisch Jahre vergehen, bis eine Klage eingereicht wird, erläuterte die NGO, die selbst nicht an der Aktion beteiligt ist, sie aber unterstützt.

Greenpeace-Experte Pawloff forderte von der OMV jedenfalls, keine neuen Förderungen in Neuseeland umzusetzen. Zusätzlich müsse der Konzern langfristig aus den fossilen Energien aussteigen, denn „wenn die OMV sagt, dass sie die Pariser Klimaziele anerkennt, dann darf sie nicht gleichzeitig neue Suchen durchführen“.

Laut der NGO ist die OMV das letzte internationale Unternehmen, das in Neuseeland noch tätig ist und trotz des Widerstands aus der neuseeländischen Bevölkerung weiterhin Öl- und Gasförderungen umsetzen will. Gemäß dem Waitangi-Vertrag – er wurde 1840 zwischen eingeborenen Maori und der britischen Krone unterzeichnet – hätte die Bevölkerung bei geplanten Offshore Öl- und Gasplänen konsultiert wer-

den müssen. Laut Mike Smith sei eine solche Konsultation der OMV bisher aber nicht erfolgt.

OMV-Sprecher Andreas Rinofner nahm zu den Vorwürfen am Donnerstag im ORF-Radio Stellung: Die OMV sei seit dem Jahr 1999 in Neuseeland tätig und stehe seither auch regelmäßig im Kontakt mit den Maori. Es sei absolut unrichtig, dass die OMV mit der Bevölkerung nicht spreche. Und die OMV habe auch nicht vor, sich aus Neuseeland zurückziehen, so Rinofner. Was die Klage selbst betrifft, so gab Rinofner hierzu keinen Kommentar, denn diese kenne man ja noch nicht.

Noch 2019 plant die OMV laut Greenpeace jedenfalls neue Bohrungen vor der neuseeländischen Küste Taranakis. Das Lizenzgebiet überschneide sich mit dem einzigen Nahrungsgrund von Blauwalen vor Ort, auch der Lebensraum der bereits bedrohten Maui-Delfine, von denen es nur noch rund 60 Exemplare gibt, befinden sich in der Nähe, kritisierte Greenpeace. ■ (apa)

Kurz notiert

Neuer Player im Güterverkehr. Nach der Westbahn für den Personenverkehr will Strabag-Großaktionär und Ex-Konzernchef Hans Peter Haselsteiner mit seiner neuen Frachtbahn Traktion GmbH nun auch im Güterverkehr auf der Schiene durchstarten: Gemeinsam mit Investor Erhard Grossnigg hält er 80 Prozent an der Gesellschaft. Reinhard Bamberger, früherer Manager bei Rail Cargo Austria, und Jan Klima, Sohn des früheren österreichischen Bundeskanzlers Viktor Klima, sind mit je 10 Prozent beteiligt. Die ersten Züge der Frachtbahn sollen 2020 fahren, 2021 ist der Vollbetrieb geplant.

Daimler verkaufte mehr Autos. Der deutsche Autobauer Daimler konnte im dritten Quartal sowohl bei den Autos der Kernmarke Mercedes-Benz als auch bei Vans und Bussen ein Absatzplus verbuchen. Bei den Lastwagen hingegen ging der Absatz zurück. Der Gesamtumsatz des Konzerns legte im Vergleich zum Vorjahresquartal um acht Prozent auf 43,2 Milliarden Euro zu. Der operative Gewinn (Ebit) stieg um acht Prozent auf 2,7 Milliarden Euro.

Land will Güssinger helfen. Das Land Burgenland könnte den Mineralwasserabfüller Güssinger, der nach einem vom Lebensmitteldiskonter Hofer verhängten Lieferstopp mit wirtschaftlichen Problemen kämpft, unterstützen. Landtagspräsidentin Verena Dunst (SPÖ) kann sich eine Beteiligung der Wirtschaft Burgenland (Wibug) oder durch den Athenafonds, der Risikokapital für Klein- und Mittelbetriebe bereitstellt, vorstellen, sagte sie in einer Aussendung.

Kräftiges Umsatzplus bei dm. Die Drogeriemarktkette dm hat ihren Umsatz in Österreich im Geschäftsjahr 2018/19 bei nahezu konstanter Filialzahl um knapp 5 Prozent auf 965 Millionen Euro gesteigert. Das von Salzburg aus gemanagte dm-Geschäft in Osteuropa und Italien legte ebenfalls kräftig zu. Die Umsätze schnellten um 11,4 Prozent auf 1,86 Milliarden Euro in die Höhe.

Die EZB hält Zombies am Leben



So eine Wirtschaft

von Lukas Sustala

Der Autor ist Stellvertretender Direktor des Thinktanks Agenda Austria und Projektleiter im Fachbereich „Steuern, Budget und Finanzmärkte“.

Jeden Freitag lesen Sie an dieser Stelle den Kommentar eines Wirtschaftsexperten.

Mit Notenbanken verhält es sich ähnlich wie mit Lebensmittelbehörden: Es ist selten ein gutes Zeichen, wenn man häufig von ihnen auf den Titelseiten von Zeitungen liest. Mit dem Wechsel von Mario Draghi an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) ist aber die europäische Geldpolitik wieder im medialen Scheinwerferlicht.

Nach fast acht Jahren als ihr Präsident hat Draghi zu seinem Abschied noch einmal einige Register gezogen: Leitzinsen wurden weiter gesenkt oder ein neuerliches Ankaufprogramm für Staatsanleihen angekündigt. Der Währungsraum Euro-Zone scheint wieder in eine Malaise gestolpert zu sein, die EZB ist jedenfalls sichtbar im Krisenmodus.

So war die Kritik an den letzten Entscheidungen der Ära Draghi lautstark. Nicht nur warnten ehemalige deutsche, französische und ein österreichischer Notenbanker davor, dass sich die EZB

auf dem Holzweg befinde. Auch im Rat der Europäischen Zentralbank gab es Dissens, wie ihn etwa der neue Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, Robert Holzmann, in Interviews formulierte. Im „Handelsblatt“ warnte er jetzt, dass die Geldpolitik mit den Negativzinsen einen „Sprung in den Hyperraum“ wage, wie in einer Science-Fiction-Welt.

Der Vergleich soll verdeutlichen, für wie gefährlich der österreichische Gouverneur das Experiment mit der Geldpolitik hält, denn für die Reise im Hyperraum in „Star Wars“ braucht es außerordentliche Präzision, um einen schwerwiegenden Unfall zu vermeiden. Doch wie wahrscheinlich ist ein Unfall der europäischen Geldpoli-

tik? Von einer sprunghaften Inflation ist beim Blick auf die Verbraucherpreise wenig zu sehen. Anders als im Hyperraum treten die Probleme der Geldpolitik eher langsam zutage. Die extrem niedrigen Zinsen werden

Anleger werden durch niedrige Zinsen

verleitet, ein höheres

Risiko zu nehmen.

Anleger immer mehr dazu verleitet, ein höheres Risiko zu nehmen. Nicht nur Staatsanleihen verzeichnen regelrechte Rekorde, sondern auch

Unternehmenskredite, Aktien oder Krypto-Anlagen. An den Immobilienmärkten in vielen Euroländern sieht man längst, wie die niedrigen Zinsen zu steigenden Wohnungs-, Häuser- und Grundpreisen beitragen und junge Zuzügler aus den Städten „gepreist“ werden. Gleichzeitig wird die Entstehung

sogenannter Zombies begünstigt. Denn dank guter Finanzierungsbedingungen werden auch Unternehmen am Leben gehalten, die an sich insolvent wären.

Das Kapital und die Mitarbeiter dieser „Zombies“ wären andersorts produktiver einzusetzen. Damit trägt man in Frankfurt zur Phase geringen Wachstums sogar noch bei. Und auch die Gefahr von Umverteilung von unten nach oben besteht.

In Ländern wie Österreich schlagen die Niedrigzinsen voll auf die konservativen und beliebten Anlageformen von Sparbuch bis Lebensversicherung durch, während von der Aufwertung der Aktien- und Immobilienmärkten eher wenige profitieren. Die Märkte lesen die überaktive EZB als Hinweis darauf, dass die Zinsen noch sehr, sehr lange sehr, sehr niedrig bleiben. Dabei wäre es wohl eine gute Nachricht, wenn man von der EZB demnächst weniger auf den Titelseiten lesen würde.